

## ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Antoni, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kernstock, Kraft, Onodi, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Thumpser und Vladyka

### **betreffend Verankerung einer gesetzlich verpflichtenden Frauenquote von 40% für Führungspositionen im Landesdienst und für Aufsichtsratsstellen in landeseigenen und landesnahen Betrieben**

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Lebenssituation für die Frauen in unserem Land deutlich verbessert. Dennoch ist Österreich von der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen noch ein großes Stück entfernt. Immer noch verdienen Frauen rund 18 Prozent weniger als Männer bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit und obwohl Frauen besser ausgebildet sind als jemals zuvor, ist der Aufstieg für Frauen in Führungspositionen ein steiniger wenn nicht oft sogar ein unmöglicher.

Trotz heftiger öffentlicher Diskussionen und vielen Versprechungen seitens der Wirtschaft hat sich an der Dominanz der Männer in den Führungsriege der heimischen Betriebe nichts geändert.

Bei einer Untersuchung der Arbeiterkammer von 200 österreichischen Top-Unternehmen stellte sich heraus, dass der Anteil der weiblichen Vorstände bei mageren 4,4 Prozent liegt. Im Jahr 2011 leiten nur 28 Geschäftsführerinnen die Unternehmensgeschicke, während 609 männliche Kollegen eine Vorstandsfunktion bekleiden. Nur jedes zehnte Aufsichtsratsmitglied ist eine Frau und unter den KapitalvertreterInnen liegt die Frauenquote bei lediglich 7,5 Prozent. Stark unterrepräsentiert sind weibliche Führungskräfte auch am Top-Börsensegment. Der Frauenanteil in Vorständen am gesamten Prime Market beträgt überhaupt nur einen Anteil von 3,0 Prozent.

Diese enttäuschenden Zahlen machen deutlich, dass freiwillige Selbstverpflichtungen in Form von Kodexempfehlungen und Lippenbekenntnissen nicht ausreichen, um eine gerechte Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen durchzusetzen.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass eine Selbstregulierung versagt hat und nur eine gesetzliche Regelung, wie sie bereits in Norwegen, Spanien und auch Frankreich normiert wurden, den gewünschten Erfolg bringen kann.

Diese Erkenntnis geht mittlerweile durch sämtliche Gebietskörperschaften und quer durch die Parteipolitik. So haben sich neben EU-Justizkommissarin Viviane Reding und EU-Sozialkommissar Laszlo Andor auf europäischer Ebene, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner auf Bundesebene als auch LHStv. Dr. Josef Leitner und Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner auf Landesebene für eine verpflichtende Frauenquote ausgesprochen.

Niederösterreich sollte daher schnellstmöglich mit Vorbildwirkung handeln und in dieser Frage der Gleichstellung der Frau eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Gefertigten stellen daher den

### **A n t r a g :**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung dafür Sorge zu tragen, dass eine gesetzlich verankerte Frauenquote von 40% für Führungspositionen im NÖ Landesdienst und in Führungspositionen von landeseigenen bzw. landesnahen Betrieben zur Umsetzung gebracht wird.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem RECHTS- und VERFASSUNGS-AUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 10. März 2011 möglich ist.